



STAATSRÄSON IN DER PANDEMIE



Chinesische Perspektiven

Gespräch mit der Politologin Heike Holbig
über die chinesische Pandemiepolitik

Von China aus hat das Coronavirus seinen weltweiten Siegeszug angetreten. Nach anfänglichem Chaos hatte das autokratische Regime die Pandemie schnell im Griff, die aufstrebende Weltmacht scheint gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Welche Erfahrungen lassen sich übertragen?

Die Bilder aus China zu Beginn der Krise waren erschreckend. Das Gesundheitssystem schien zu kollabieren. Wie konnten diese Nachrichten nach außen dringen?

Heike Holbig: Ja, die Bilder waren erschreckend, damals schienen solche Szenen für uns noch weit entfernt. Anders als aus den europäischen Hotspots kamen solche Bilder aus Wuhan allerdings nur in den ersten Wochen des Jahres 2020, bevor die strikten Zensurmaßnahmen griffen. Wie Terroranschläge oder Naturkatastrophen gelten in China auch Epidemien als hochgradig sensibel, und die Verbreitung entsprechender Informationen ist den parteistaatlichen Medien auf höchster Ebene vorbehalten. Lokale Meldungen und Berichte unmittelbar Betroffener sind unerwünscht, weil sie im Verdacht stehen, Gerüchte zu schüren und Panik auszulösen. Die Wahrung gesellschaftlicher Stabilität hat Vorrang.

Drastisch waren auch die Bilder der Gegenmaßnahmen: Menschen konnten nicht in ihre Wohnungen zurück, andere wurden nicht rausgelassen. Für diese repressiven Maßnahmen gab es auch im Land selbst viel Kritik.

Welche Maßnahmen man als »repressiv« und welche als »resolut« einstuft, ist zumindest im Fall von epidemischen Ereignissen wohl eine Frage der Perspektive und der Vorerfahrungen. Auch im demokratischen Taiwan wurden in Quarantäne befindliche Haushalte elektronisch »versiegelt«, um Infizierte am Verlassen der Wohnung zu hindern. Hier wie in China und in benachbarten

»Xi Jinping trat erst an vorderster Stelle in Aktion, als sich das Blatt zum Positiven zu wenden begann«

Ländern hat die SARS-Epidemie von 2002/2003 bleibende Erinnerungen hinterlassen und die Akzeptanz von Maßnahmen zur Infektionskontrolle und Prävention erhöht. So wurden weniger die strikten Maßnahmen an sich kritisiert als vielmehr die anfängliche Vertuschung der neuartigen Krankheit und die wochenlange Verschleppung von Maßnahmen zur Infektionskontrolle. Wäh-

rend Hongkong, Taiwan und Singapur bereits zum Jahreswechsel Einreisebeschränkungen erlassen hatten, begann man auf dem chinesischen Festland erst in der letzten Januarwoche mit konsequenten Maßnahmen, nachdem die Mensch-zu-Mensch-Übertragung dort offiziell bestätigt worden war. Hierzu gehörten die Abriegelung von Wuhan und anderen Millionenstädten in der Provinz Hubei, strikte Ausgangssperren sowie streng überwachte Isolations- und Quarantänemaßnahmen.

Wer hatte das Heft in der Hand?

Die parteistaatliche Führung unter Xi Jinping rief eine zentrale Führungsgruppe für die Bekämpfung der Coronaepidemie und einen ressortübergreifenden Koordinationsmechanismus ins Leben, die die Maßnahmen zur Infektionskontrolle, Prävention, Produktion von Schutzausrüstung und Abfederung wirtschaftlicher Folgeschäden zwischen insgesamt 32 involvierten Ministerien abstimmen sollten. Mit der Leitung der zentralen Führungsgruppe wurde Ministerpräsident Li Keqiang betraut. Dessen Stellvertreterin Sun Chunlan wurde nach

Applaus für den Staatschef: Xi Jinping schreitet die Reihen der Delegierten bei der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes ab. Sein Krisenmanagement wurde zu Beginn kritisiert, inzwischen lässt er sich als heldenhaften Feldherrn im erbitterten Kampf gegen das Virus feiern.

Wuhan entsandt, um die Maßnahmen vor Ort zu koordinieren. Solange die Situation noch nicht unter Kontrolle war, wurden Regierungsvertreter vorgeschickt. Parteichef Xi Jinping trat in den Medien erst an vorderster Stelle in Aktion, als sich das Blatt zum Positiven zu wenden begann.

Die chinesische Regierung hat den nationalen Krisenmodus ausgerufen. Sollte das die Pandemie eindämmen helfen oder die innere Kritik?

chinesische Neujahrsfest herum geballt aufkam. Onlinejournalisten, öffentliche Intellektuelle, aber auch hochrangige Parteivertreter warfen vor allem der zentralstaatlichen Führung und Xi Jinping persönlich vor, den Ausbruch der Epidemie willentlich vertuscht, viel zu spät reagiert und damit die epidemische Verbreitung der Infektion in Kauf genommen zu haben. Als Anfang Februar das *Wall Street Journal* China den »wahren kranken Mann in Asien« nannte in Anlehnung an das sozial-

Inzwischen hört man nichts mehr von internen Kritikern.

Die lautesten Kritiker wurden verhaftet, einige zu Freiheitsstrafen verurteilt oder mit Publikationsverboten belegt. Interne Kritiker werden mit dem Hinweis mundtot gemacht – und dies auch in den sozialen Medien –, dass sie feindlichen Kräften aus dem Ausland in die Hände spielten und nationale Interessen verrieten. Soweit sich von hier aus beurteilen lässt, verfängt die propagandistisch verstärkte Entrüstung über die als ungebührlich empfundene Kritik aus dem westlichen Ausland durchaus.

Wie hat der Staatsapparat die Bevölkerung wieder hinter sich gebracht?

Zunächst wohl durch die Effektivität der Maßnahmen. Bereits Mitte März waren die Infektionszahlen in Wuhan und den umliegenden Städten unter Kontrolle, Ende März konnte der Lockdown beendet werden, die Wirtschaft kam wieder in Gang. Die mediale Berichterstattung spielt dabei eine wichtige Rolle, seien es die per Dauervideoschleife im Staatsfernsehen gezeigten Fortschritte beim Krankenhausbau in Wuhan oder die Stilisierung von Xi Jinping als heldenhaftem Feldherrn im erbitterten Krieg gegen das Virus. Die beste Werbung für die eigene Epidemiebekämpfung waren aber die Bilder aus Italien, Großbritannien, dem Iran und anderen Weltregionen, wo das Virus in kurzer Zeit deutlich mehr Menschenleben forderte als in China selbst. Die Nachrichten aus den USA unter Präsident Trump, der erst wertvolle Zeit verspielte und dann in der Infektionsbekämpfung vollständig versagte, waren Wasser auf die Mühlen der chinesischen Führung und brachten verlorene Legitimität zurück. Als sich dann in der zweiten Jahreshälfte 2020 abzeichnete, dass China als eine der wenigen Volkswirtschaften weltweit mit einem positiven Wirtschaftswachstum von über zwei Prozent aus der Pandemie hervorgehen würde, dürfte dies die meisten mit ihrer politischen Führung versöhnt haben.

Wie ist Ihre Einschätzung: Glauben die Menschen in China der Propaganda der Regierung oder haben sie in erster Linie Angst vor Repressalien?



Presse unerwünscht:
Am 3. Februar 2021 traf ein WHO-Team am Virologischen Institut in Wuhan ein, das Untersuchungen zum Ursprung des Coronavirus anstellen sollte. Ein Sicherheitsmann verwehrt Journalisten den Zutritt.

Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS | Ng Han Guan

Beides. Der nationale Krisenmodus diente zum einen der Mobilisierung massiver materieller und personeller Ressourcen in kürzester Zeit. Bekannt geworden ist bei uns der Bau zweier Krankenhäuser in Wuhan in nur zehn Tagen. Genauso beachtlich sind aber die von zentraler Seite initiierten Partnerschaften zwischen 16 Hotspot-Städten in der Provinz Hubei und 16 anderen chinesischen Provinzen, die verpflichtet wurden, medizinisches Personal, Gerät und Schutzausrüstung in die jeweilige Partnerstadt zu schicken. Engpässe im Gesundheitssektor wie in Europa konnten so rasch aufgefangen werden. Zum anderen diente der nationale Krisenmodus aber auch der Eindämmung interner und externer Kritik, die um das

darwinistische Vokabular des 19. Jahrhunderts, war das Maß voll: Entrüstet wurde der Artikel zurückgewiesen, drei Korrespondenten des Blattes wurde die Akkreditierung entzogen. Auch diese Entrüstung und die mediale Inszenierung von Volkszorn sind integraler Teil des nationalen Krisenmodus.

»Die propagandistisch verstärkte Entrüstung über die als ungebührlich empfundene Kritik aus dem Ausland verfängt durchaus«

»Es reicht, alternative Deutungsangebote aus dem In- und Ausland zu diskreditieren«

Im Allgemeinen dürfte sich die große Mehrheit der Bevölkerung durchaus bewusst sein, dass sie in den staatlichen Medien eine propagandistisch stark bearbeitete, stromlinienförmige »veröffentlichte Meinung« vorgesetzt bekommt. Die Suche nach Alternativen ist jedoch schwierig, da die westlichen Medien an Glaubwürdigkeit eingebüßt haben. Bereits vor Trump wurde die US-amerikanische und europäische, insbesondere auch die deutsche Chinaberichterstattung oft als einseitig empfunden. Endgültig verspielt hat die westliche Presse ihren Ruf, seit unter Trump Fake News zur Normalität wurden. In der Pandemie machten die chinesischen Staatsmedien gezielt Anleihen bei westlichen Mediendebatten: Ausländische Kritik an China wurde als »Fake News« abgetan, internationale »Verschwörungstheorien« wurden mit regierungsfreundlichen »Faktenchecks« widerlegt. Da braucht es nicht unbedingt harte Repressalien, um die Bevölkerung zum erwünschten Verhalten zu bringen – es reicht, alternative Deutungsangebote aus dem In- und Ausland zu diskreditieren.

Insgesamt gab es in China offiziell nur 100 000 Infizierte, die Zahl der Toten ist mit knapp 5000 vergleichsweise niedrig. Für wie glaubwürdig halten Sie diese Zahlen?

Absolute Gewissheit gibt es nicht, aber getestet wird jedenfalls viel, und kleinere lokale Ausbrüche wurden so schnell eingedämmt. Die niedrigen Fallzahlen, besonders bei den Todesfällen, dürften zumindest dem Trend nach auch vor dem Hintergrund belastbar sein, dass andere ost- und südasiatische Länder wie Südkorea, Taiwan, Singapur oder Japan bei der Eindämmung der Pandemie ebenfalls relativ erfolgreich waren.

Was können wir von China lernen?



Foto: Robert Way/shutterstock

Auch außerhalb der unmittelbar von der Epidemie betroffenen Hotspot-Metropolen in der Provinz Hubei wurden umfassende präventive Maßnahmen ergriffen – wie hier in der Megastadt Shanghai.

»Die erfolgreichen Länder teilen mit China nicht das autoritäre Einparteiensystem, wohl aber eine entwicklungsstaatliche Tradition«

Was wir sicher NICHT lernen können und wollen, sind das autoritäre Gebaren im Umgang mit Kritik und Informationen oder der staatlich integrierte Einsatz modernster Überwachungstechnologie in privaten Bereichen. Im positiven Sinn lernen könnten wir, wie man schnell ausreichend Klinik- und Personalkapazitäten bereitstellt oder Routinen beim Testen und Tracking von Infektionsverläufen und bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens etabliert, um die kritischen Flaschenhälse bei der Kontaktverfolgung zu beheben, mit denen unsere Gesundheitsämter bis heute kämpfen. Diese Techniken sind allerdings nicht nur in China, sondern auch in anderen ostasiatischen Ländern zum Einsatz gekommen. Die erfolgreichen Länder teilen mit China nicht das autoritäre Einparteiensystem, wohl aber eine entwicklungsstaatliche Tradition.

Was meinen Sie damit?

Kennzeichnend dafür sind eine langfristige Verfolgung nationalstaatlicher Entwicklungsziele unter zentraler Steuerung und enge Verflechtungen zwischen politischen, bürokratischen und unternehmerischen Kräften, die auch kurzfristig aktiviert werden können. In der Pandemie konnte so die Produktion von Masken und Testkits sehr schnell hochgefahren werden, wie es das demokratische Südkorea vorgemacht hat. Auch beim Testen und Tracking von infizierten Personen hat Südkorea Standards gesetzt, von denen manche sich auch mit den datenschutzrechtlichen Ansprüchen europäischer Gesellschaften vertragen könnten. Und schließlich können wir lernen, dass es wichtig ist, aus einer Pandemie langfristig Lehren zu ziehen. Aufgrund ihrer Erfahrungen mit SARS oder MERS hatten diese Staaten einen Startvorteil. Bei der nächsten Pandemie sollten wir den auch haben.

Die EU hat vor Kurzem Sanktionen gegen China beschlossen wegen der Situation der Menschenrechte. Kann man die chinesischen Führer durch Einreiseverbote und Kontosperrungen beeindrucken?



In zehn Tagen aus dem Boden gestampft: Das Luftbild vom 2. Februar 2020 zeigt das Huoshenshan Hospital in Wuhan, das allein für den Kampf gegen das Coronavirus erbaut wurde.

Nun, beeindruckt haben die Sanktionen die chinesische Führung durchaus, sonst hätte sie nicht so scharf mit Gegensanktionen reagiert. Die Frage ist aber, ob die EU-Sanktionen die beabsichtigte Wirkung entfalten. In puncto Menschenrechte etwa gehen offizielle chinesische Stimmen nun vollends in die Offensive: Mitte März 2021 warf der Topdiplomate Yang Jiechi im Schlagabtausch mit US-Außenminister Blinken den USA an den Kopf, sie verträten weder die internationale öffentliche Meinung noch seien sie befugt, im Namen der gesamten westlichen Welt die Einhaltung universeller Werte einzufordern. Sie sollten sich lieber um die Menschenrechtsverletzungen zu Hause kümmern, die durch die »Black Lives Matter«-Proteste ans Licht gekommen seien. Diese Auslassungen sind nicht nur taktischer Art, um zu zeigen, dass man sich vom Westen nicht länger einschüchtern lassen will. Sie müssen auch als strategisches Signal verstanden

werden, dass China die westliche Deutungshoheit in Sachen universaler Werte und globaler Normen nicht länger anzuerkennen bereit ist. Wir haben es mit einem Gegenüber zu tun, das sich nicht nur auf dem realpolitischen Erfolgskurs, sondern auch moralisch, wenn nicht gar zivilisatorisch überlegen sieht.

*»Ein Gegenüber,
das sich auch moralisch,
wenn nicht gar
zivilisatorisch überlegen
sieht«*

Das Scheitern des Westens bei der Bewältigung der Pandemie wird von den chinesischen Machthabern genutzt, um das eigene System als überlegen darzustellen. Wie erfolgreich sind sie dabei?

Dr. Anke Sauter, 52,
arbeitet als Referentin für
Wissenschaftskommunikation
an der Goethe-Universität.
sauter@pww.uni-frankfurt.de

In chinesischen Augen haben die westlichen liberalen Demokratien bei der Pandemiebekämpfung kläglich versagt. Wie ein chinesischer Kollege formulierte, machen die politischen Eliten sich dort »Sorgen« um die Funktionsfähigkeit westlicher Staaten, die immer weniger in der Lage seien »zu liefern«, also essenzielle öffentliche Güter für die breite Bevölkerung bereitzustellen. Wie das bei der chinesischen Bevölkerung ankommt, kann ich nicht ermessen. Angesichts massiver Propaganda und Zensur dringen kritische Stimmen immer weniger durch; Reisen ins Land sind pandemiebedingt nicht mehr möglich. Ich vermute, dass das Gefühl moralischer Überlegenheit bei der Bevölkerung durchaus verfängt, auch weil es verspricht, den alten Unterlegenheitskomplex zu heilen, der den Prozess des chinesischen *nation building* seit der Mitte des 19. Jahrhunderts begleitet und geformt hat. Die Gefahr, dass dieser in einen nationalistischen Überlegenheitskomplex umschlägt, ist nicht von der Hand zu weisen.

»Der chinesische Parteistaat kommt in der Krise gewissermaßen zu sich selbst«

Kann man abschließend sagen, dass China gestärkt aus der Pandemie hervorgegangen ist und seinen Status in der Welt verbessert hat?

In der Eigenwahrnehmung hat China erheblich an Status gewonnen. Wie schon



die Finanzkrise hat auch die gegenwärtige weltweite Coronakrise China international Aufwind gegeben – aber die Pandemie ist ja noch nicht zu Ende. Wie wir schmerzhaft feststellen, erweisen sich unsere demokratischen Abstimmungsprozesse und föderalen Institutionen als schwerfällig und teilweise kontraproduktiv. Demgegenüber kommt der chinesische Parteistaat in der Krise gewissermaßen zu sich selbst, indem er sich durch eine strikte, top-down verordnete und vergleichsweise effektive Pandemiebekämpfung zumindest nach innen Legitimität verschafft. Offen bleibt, wie viel Anerkennung er dafür am Ende auf der internationalen Bühne erhält. Während ein Teil der asiatischen Nachbarn und der afrikanischen und lateinamerikanischen Partner der chinesischen Führung für ihre resolute Pandemiebekämpfung, Impfdiplomatie und ihr selbstbewusstes

Der chinesische Partei- und Staatschef Xi Jinping besucht per Videoanruf Patienten, die wegen Corona im Huoshenshan-Krankenhaus behandelt werden. Die Bilder sollten zeigen, dass er sich im dramatischen Kampf gegen COVID-19 um die Belange vor Ort kümmert.

außenpolitisches Auftreten Respekt zollt, stößt Chinas internationales Statusstreben im Westen zunehmend auf Widerstand. Die Pandemie scheint eine Eskalationsspirale ausgelöst zu haben, in der es den Beteiligten immer schwerer fällt, aus »ihrer Nummer« wieder herauszukommen und gemeinsam an der Bewältigung globaler Herausforderungen zu arbeiten.

Das Interview führte Anke Sauter.

Zur Person



Heike Holbig ist Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Area Studies China/Ostasien am Fachbereich 03, und sie ist auch lehrend und forschend am Interdisziplinären Zentrum für Ostasienstudien tätig. Im Rahmen ihres Studiums der Sinologie und Volkswirtschaftslehre verbrachte sie zwischen 1989 und 1991 zwei Jahre in Beijing. Seither reiste sie regelmäßig zu Feldforschung und Konferenzen nach China. Fanden Forschungsaufenthalte zu sozialwissenschaftlichen Themen bereits seit einigen Jahren unter erschwerten

politischen Bedingungen statt, so sind Reisen in die Volksrepublik seit Ausbruch der Pandemie bis auf Weiteres überhaupt nicht mehr möglich. Die Beschäftigung mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen Chinas in (Post-)Corona-Zeiten kann daher fast nur aus der Außenperspektive erfolgen. Umso wichtiger ist der Vergleich mit Chinas ostasiatischen Nachbarn und den Erfahrungen anderer Staaten im Umgang mit der Pandemie.

holbig@soz.uni-frankfurt.de